

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Verlag: Carl Reichenow & Co. in Berlin
Druck: Carl Reichenow & Co. in Berlin

Eine Gegenerklärung Orlandos.

Abreise der italienischen Delegation aus Paris.

Die Entscheidung beim italienischen Parlament.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Erklärung der Friedenspräliminarien ohne
Italien für unmöglich.

Die Erwartungen, daß Orlando nach seinen Unterredungen mit Lloyd George und Clemenceau doch noch auf die Abreise verzichten werde, haben sich also nicht erfüllt. Man wird in Deutschland insofern gut tun, dieses Ereignis, das leicht nur ein Zwischenfall sein kann, nicht gleich zu übersehen. Die Möglichkeit, daß eine Kompromißlösung die Einigkeit zwischen Italien und den anderen Alliierten herbeiführen wird, bleibt vorläufig bestehen.

Massendemonstrationen in Rom.

Die Angriffe der italienischen Presse gegen Wilson.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Eine römische Depesche des „Popolo d'Italia“ meldet: Das Verhalten der Alliierten hat in Rom eine Demonstration von über hunderttausend Menschen veranlaßt. Die Menge zog vor die japanische Gesandtschaft und verurteilte eine bezeichnende Ovation, unter Verehrungen auf die englische Presse. Dann verließ die Menge vor die Posthöfen der Alliierten zu gehen, um zu protestieren, wurde aber daran gehindert, da dies vorläufig noch verboten war.

Dasselbe Blatt erzählt in einem Artikel den Gedanken einer Allianz mit Deutschland. „Popolo d'Italia“ schreibt: „Italien wird in Paris mißhandelt.“ Ziehen wir doch die Konsequenzen. Die Alliierten sollen wissen, daß wir den deutschen Vorkriegsstand nicht nur billigen und unterstützen, sondern sogar noch erweitern und vergrößern können, vielleicht mit Widerwillen, aber mit wilder Freude. Ein Verhältnis mit den Westmächten könnte uns in dem Maße die Macht und den Ruhm geben, den die Entente uns niemals geben wird. Das Blatt schließt, indem es Amerika und England mit der Möglichkeit eines französisch-italienisch-deutschen Bündnisses droht, das England aus dem Mittelmeer verdrängen und die englische Kolonialmacht stürzen werde. Auch Frankreich habe alle Interesse, sich gegen die englisch-amerikanische Meeresherrschaft aufzuspannen. „Nehmen Sie ein Beispiel an der deutschen Vorgehensweise durch die Alliierten zu fürchten.“ In einer römischen Depesche des „Popolo d'Italia“ heißt es: „Italien hat die Entente getrotzt und wird von den Alliierten aufgegeben, da es nichts mehr will. Jetzt wollen die jugoslawischen Briganten zusammen mit den englischen, französischen und amerikanischen Spekulanten Italien das schmachvollste aller Joches auflegen.“

Das Weltrecht der Arbeit.

Die Arbeiterrechts-Entwürfe.

Von
Erich Dombrowski.

Der Völkerbund wird vielleicht in irgendeiner Form Wirklichkeit werden. Ob er aber das für die Zukunft der Menschheit sein wird, was seine Väter versprochen, weiß man heute noch nicht. Keinen Bergens sind die führenden Großmächte der Entente jedenfalls nicht an die Aufgabe herangegangen. Mißtrauen dem unterliegenden Gegner gegenüber hat ihre Feder gelenkt, und die Absicht, ihn zu demütigen, kommt mehr als einmal zwischen den Zeilen zum Vorschein. Die Akte der Entente, die aus vertraulichen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geboren wurde, ist im Grunde genommen nichts weiter als ein Völkerbunds-Diktat. Die jüngste Diplomatie kann eben ihre ganze imperialistisch gerichtete Vergangenheit nicht verleugnen.

Aber schon haben die Flühe derer vor ihrer Tür, die eine neue Weltordnung nach gerechten, nach menschlicheren Grundbegriffen aufbauen wollen. Aus dem furchtbaren Geschehen von fast fünf Kriegsjahren bereitet sich ein Neues vor, das radikal mit all den alten unheilvollen Systemen brechen will. Ganze Länder sind durch den Krieg desorganisiert. Das Neue, das aus dem brodelnden Keßel heraussteigen will, hat einstmals noch bizarre Formen, und erschöpfendes Gend und droht aus dem Übermaß der Geisteskräfte auf jahrelange feilsche und körperliche Leiden wiederum der Menschheit. Aber hinter diesem wilden kollektivistischen Aufbegehren der Massen verbirgt sich doch nur die eine große Sehnsucht, ein neues Leben zu beginnen und einen Strich unter die Vergangenheit zu machen. Diese soziale „Weltrevolution“ der Geister ist nicht mehr aufzuhalten. Alle Völker haben nur das eine gemeinsame Interesse daran, sie in Bahnen zu lenken, die zu einem Neuaufbau und nicht zu abermaliger Zerstörung führen. Das heißt: den Massen der Arbeitnehmer muß in der ganzen Welt die Freude am Schaffen und an den Gütern dieses Lebens gegeben werden.

Es ist daher nur selbstverständlich, wenn der Völkerbund durch ein internationales Arbeiterrecht ergänzt wird. Die Entente sowohl wie die deutsche Regierung beabsichtigen, der Friedenskonferenz dahingehende Entwürfe vorzulegen. Die von der Commission de la legislation internationale du travail ausgearbeitete Vorlage scheint in einer Hinsicht noch weiter als der deutsche Entwurf zu gehen, denn sie verlangt ohne Unterschied des Geschlechts dieselbe Bezahlung für Arbeit, die sich in Quantität und Qualität gleich ist. Beide Entwürfe fordern gleichmäßig die Sicherung des Koalitionsrechts, die Gleichstellung der ausländischen mit den einheimischen Arbeitern, eins der schwierigsten Probleme, den Achtstundentag, den Schutz der Jugendlichen und eine möglichst einheitliche Arbeitsinspektion. Darüber hinaus möchte der deutsche Entwurf die staatliche Arbeiterversicherung Nationen zur Pflicht machen, die Seimarbeit unter die härteste Kontrolle stellen und Mindestlöhne dafür bestimmen. Dagegen wird auch von der deutschen Regierung nicht die Internationalisierung des demokratischen Wahlrechts (Betriebsräte, Angestelltenausschüsse usw.) in Vorschlag gebracht. Man hat sich lediglich darauf beschränkt, die Durchführung des Arbeiterschutzes einer Arbeitsaufsicht zu übertragen. Der Überwachung der internationalen Abmachungen und dem Ausbau des Arbeiterrechts sollen internationale Konferenzen dienen, die mindestens alle fünf Jahre stattfinden haben. Eine ständige Konferenz in Bern, an der unter anderem der Internationale Gewerkschaftsbund teilnimmt, soll die laufenden Arbeiten erledigen.

Die deutsche Industrie kann alle diese Forderungen nur rückhaltlos unterstützen. Denn nur, wenn in der ganzen Welt möglichst gleiche Produktions- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, ist die deutsche Volkswirtschaft in der Lage, im Wettbewerb wieder auf dem Weltmarkt zu erscheinen. Heute können wir es nicht, da unsere Lohnsätze ins Ungeheure geblieben sind und die Arbeitsleistungen gegen früher außerordentlich gesunken sind. Der Entwurf der Entente bezieht auch die Lohnfrage und formuliert sie dahin: „Jeder, der Arbeit verrichtet, hat das Recht, eine Bezahlung zu verlangen, die es ihm möglich macht, im Einklang mit der Zivilisation seiner Zeit und seines Landes zu leben.“ Die Lohnfrage ist indessen mit einem so allgemein gehaltenen Satze nicht zu lösen. Es fragt sich, ob wir auf diesem Gebiete nicht wie im Völkerleben aus der Anarchie heraus zu einem allgemeinen Vertrags- und Schiedsgerichtsverhältnis kommen müssen, das den Streit, einer Art inneren Krieges, ein Ende zu bereiten vermag. Man wird sich erinnern, daß schon vor dem Weltkriege in Australien und in Neuseeland nicht erfolglose Veruche gemacht wurden, und daß dann in England und Deutschland bei der Seimarbeit etwas Ähnliches angestrebt wurde. Schließlich laufen ja auch alle Exportverträge auf dasselbe Ziel hinaus. Es wäre ein vollenkühner Fortschritt, wenn auch für die Lohn- und Arbeitskämpfe arbitratorische Schiedsgerichte in allen Ländern eingeführt werden würden, die vor der Arbeitsniederlegung angetrieben werden müßten, und deren Spruch beide Teile verpflichtete. Als Vermittlungsmittel könnte man sich eine internationale Arbitration denken, die in gewissen Fällen, wo es sich um ganz große Arbeitsverhältnisse handelt, um ihr Urteil angegangen werden kann. Den Ar-

Neue Vorstöße

gegen die Anschlussbewegung in Oesterreich.

Christlich-soziale Behauptungen.

Erklärungen des französischen Gesandten Allié.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

Dr. Leo Lederer.

1. Wien, 24. April.
Heute sind wieder Vorstöße gegen einen Anschluss Österreichs an Deutschland zu verzeichnen. Der christlich-soziale Landesparlamentarier von Tirol, Schraffl, erklärte in einer Polemik gegen den Gesandten Sarrazin: „Alle Grundbedingungen, insbesondere die in der Schweiz erhobenen, ergeben, daß von der Entente bloß Italien den Anschluss befürwortet, weil es für diesen Fall mit Sicherheit auf Deutsch-Tirol rechnet. Hingegen stimmen alle Nachbarn darüber überein, daß die übrige Entente im anderen Falle die südlichen Bezirke Deutsch-Tirols, Böhmens und Mährens, Kärntens und der Steiermark und selbst auch Deutsch-Westungarns Oesterreich belästigt, beziehungsweise überfällt und demselben in den wichtigsten Wäldern, Kredit-, Ernährungs- und Verkehrsfragen entgegenkommen will.“ Ferner behauptet Schraffl, man empfinde in Deutschland die österreichischen Anschlussbestrebungen im gegenwärtigen Augenblicke mit gemischten Gefühlen, da die eingewirkte Kette davon überzeugt seien, daß Deutschland den österreichischen Gebietsverlust mit dem Verluste des Saarbeckens und Gebietsverlusten an die Polen sowie sonstigen Verschärfungen der Friedensbedingungen zu beklagen haben werde. Daß diese Anschlussbestrebungen an Deutschland ohne Rücksicht auf die Anschlussfrage erhebt, geht aus Äußerungen hervor, die der französische Gesandte Allié zum Vertreter einer Wiener Korrespondenz machte. Auf die Frage, ob die von der Agence Havas gemeldeten Friedensbedingungen als offiziell und autoritativ anzusehen seien, antwortete Allié: „Man kann von offiziellen Friedensbedingungen erst sprechen, wenn diese den deutschen Delegierten vorgelegt worden sind. Man darf jedoch wohl annehmen, daß die Mitteilungen der Agence Havas korrekt sind. Meiner Meinung nach können diese Bedingungen nicht als hart bezeichnet werden, denn sie enthalten nichts anderes als die Wiedergutmachung, wie dies in den vierzehn Punkten Wilsons, die als Grundlage der Waffenstillstandsbedingungen von Deutschland angenommen worden sind, enthalten ist.“
Sarrazin: „Auch die Übergabe von Dantzig?“

Antwort: Die vierzehn Punkte Wilsons haben ausdrücklich ein unabhängiges Polen mit einem Zugang zum Meer vorsehen.“

Bezüglich des Saarbeckens erklärte Allié: Zur Wiedergutmachung des Schadens, welchen die Deutschen im Bergwerksgebiet Nordfrankreichs verursacht haben, können wir unmöglich auf die Exploitation des Saarbeckens verzichten. Die militärische Besetzung dieses Gebietes sowie der Rhein- und Moselgebiete ist nur als Hauptplan gedacht, das wir selbstverständlich wieder freigeben werden, sobald die Kriegsschuldfrage behagt ist. Erinnern Sie sich, daß Deutschland im Jahre 1871 mit unserem Gebiet genau so vorgegangen ist und seine Truppen zurückgezogen hat, nachdem die Kriegsschuldfrage behagt war. Man kann sich auf Frankreich verlassen, daß es seine Abmachungen halten wird. Frankreich hat seine Verpflichtungen immer eingehalten.“

Bezüglich Deutsch-Oesterreichs erklärte Allié: „Deutsch-Oesterreich kann sich auf die Entente verlassen. Wir haben keinerlei Absichten, die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs anzutasten. Wir sind bereit, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Oesterreichs zu studieren und zur Schaffung eines unabhängigen Deutsch-Oesterreichs beizutragen, das die Möglichkeit besitzt, in politischer und wirtschaftlicher Beziehung eine freie und auskömmliche Existenz zu führen.“ Was die Anschlussfrage betrifft, so seien zum Beispiel die Teile der Schweiz und Belgiens französischer Zunge keineswegs Teile Frankreichs. Er könne sich sehr gut ein unabhängiges Deutsch-Oesterreich vorstellen, das durchaus nicht in Deutschland einverleibt ist. (Bergl. Seite 2.)

2. Wien, 25. April.
Bei dem französischen Gesandten Allié fand gestern eine Besprechung mit Abgeordneten der Südtiroler Partei, zu der auch Vertreter des Laasbundes für Kärnten zugezogen waren. Die Unterredung hatte den Zweck, den französischen Bevollmächtigten über die Lage in Tirol zu informieren. Allié erklärte, über die Grenzen Deutsch-Oesterreichs sei eine Regelung in gütlicher Konferenz in Paris noch nicht erfolgt.

Seedt statt Brieseberg.

Wie wir von zufälliger Seite erfahren, ist an Stelle des General v. Brieseberg General v. Seedt für die deutsche Friedensdelegation nach Versailles ernannt worden. Der Befehl, Herrn v. Brieseberg zu Hause zu lassen, ist sehr verständlich. Wir haben im Kriegsartikel vom 14. April darauf hingewiesen, daß Herr v. Brieseberg keine reaktionäre Gesinnung, aus der er nie ein Gesh mache, in einem fürzlich erschienenen Artikel besonders, mit antisemitischen Zusätzen behauptet hat.